

**Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin
XX. Wahlperiode**



Protokoll

47. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wohnen

Sitzungstermin: Dienstag, 16.03.2021

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:35 Uhr

Ort, Raum: Videositzung

Anwesende:

Frau Franziska Jahke	SPD	
Herr Eugen Kontschieder	SPD	
Herr Michael Morsbach	SPD	
Herr Peter Scharmberg	SPD	
Herr Olaf Schenk	CDU	
Herr Karsten Schulze	CDU	
Frau Christa Emde	Grüne	
Herr Bertil Wewer	Grüne	
Frau Marlis Fuhrmann	DIE LINKE	
Herr Andreas Lüdecke	AfD-Neukölln	Vertretung für: Herrn Roland Babilon
Herr Franz Wittke	FDP	
Herr Albert Ngwa	SPD	
Herr Max von Chelstowski	SPD	
Herr Klaus-Peter Mahlo	CDU	
Herr Wilhelm Laumann	Grüne	

Abwesende:

Herr Roland Babilon	AfD-Neukölln	.
---------------------	--------------	---

Mitarbeiter der Verwaltung:

Herr BzStR Jochen Biedermann	StadtSozBüD Dez
Herr Alexander Rößler	StadtSozBüD Dez 1
Herr Rolf Groth	Stadt L
Herr Hannes Göres	Stapl b
Frau Ines Böhm	Stapl b1
Frau Cherien Krüger	QM L

Gäste:

Frau Beate Storni	Kiez und Kneipe
Herr Andre Schulze	BV Grüne
Herr Bernd Szczepanski	BV Grüne
Frau Anne Funk	BV AfD-Neukölln

zu 1 Begrüßung und Annahme der Tagesordnung

Die Vorsitzende, Frau Fuhrmann, begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Gäste sowie die Verwaltung, an deren Spitze Herrn BzStR Biedermann. Sie eröffnet die Sitzung, welche heute erneut als Video- / Telefonkonferenz stattfindet und aufgezeichnet wird. Die Einladung und Tagesordnung sind rechtzeitig zugegangen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit

Die Vorsitzende stellt die Anwesenheit der Verwaltung und der Ausschussmitglieder fest.

zu 3 Protokollabstimmung der 41. und 45. Sitzung

Die Protokolle der 41. und 45. Sitzung werden durch die Vorsitzende jeweils einzeln aufgerufen und zur Abstimmung gestellt. Herr Lüdecke erklärt für beide Protokolle die Enthaltung der AfD-Neukölln. Durch SPD, CDU, Grüne und Linke gibt es keine Anmerkungen. Damit sind die Protokolle beschlossen.

zu 4 Thema Sachstand Quartiermanagementgebiete

Die Vorsitzende leitet den Tagesordnungspunkt kurz ein. Herr BzStR Biedermann stellt dem Ausschuss Frau Krüger als neue Leiterin des bezirklichen Quartiersmanagements (QM) vor (Nachfolgerin von Frau Genz) und bittet sie dem Ausschuss einen aktuellen Überblick zu den QM-Gebieten zu geben.

Frau Krüger bedankt sich für die Einladung und stellt sich dem Ausschuss selbst ebenfalls kurz vor. Sie ist bereits seit mehreren Jahren im QM-Bereich tätig und hat die Leitung im August 2020 übernommen. Um den Ausschuss heute zum aktuellen Sachstand in den QM-Gebieten und die Förderperiode 2021 in Neukölln zu informieren, hat sie eine Präsentation (auf der Webseite des Ausschusses abrufbar) vorbereitet.

Sie geht nach einem kurzen Überblick zu den bisherigen Neuköllner QM-Gebieten auf die drei neuen Gebiete Glasower Straße, Gropiusstadt Nord und Harzer Straße mit jeweils einer Zusammenfassung der wichtigsten Informationen genauer ein. Im Anschluss erläutert Frau Krüger umfänglich die Meilensteine der diesjährigen Förderperiode und stellt die Fördermittelvolumen in den einzelnen Quartieren kurz vor. Auch die Arbeit des Quartiersmanagements ist und wird durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt. Diesen begegnen die QM-Teams mit kreativen Formaten, welche Frau Krüger beispielhaft vorstellt. Zur Arbeit in der Pandemie hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen eine berlinweite Umfrage initiiert, deren Ergebnisse gebündelt im Internet abrufbar sind. Der Link dazu ist in der Präsentation enthalten. Damit schließt sie ihren Bericht und steht nun für Fragen gern zur Verfügung.

Herr Laumann fragt aufgrund der unterschiedlichen Einwohner*innenzahlen und Haushaltsmittel, ob (am Beispiel der Gropiusstadt-Nord) aus Mitteln der „Soziale Stadt“ geförderte Projekte in der neuen Förderperiode fortgeführt werden können. Zudem möchte er zusammengefasst wissen, was bei den Aktionsfonds zu beachten ist. Frau Krüger teilt hierzu mit, dass mit Verstetigung des QM Gropiusstadt/Lipschitzallee die Projekte abgeschlossen sind und im neuen QM-Gebiet Gropiusstadt Nord neue Projekte angedacht werden müssen. Bezüglich der Aktionsfonds verweist sie auf die Internetseiten der QM-Teams, auf denen die Projekte transparent und nachvollziehbar vorgestellt werden. Bei Fragen bzw. auch bei Projektideen kann man sich natürlich direkt an die QM-Teams wenden. Zur Nachfrage von Herrn Laumann, wie die Abstimmungen zustande kommen, erklärt Frau Krüger, dass eine neben den Akteuren überwiegend aus Bewohner*innen besetzte Jury über die eingereichten Projektvorschläge entscheidet.

Herr Wewer bedankt sich für die aufschlussreiche Präsentation. In den neuen QM-Gebieten ist ein sehr hoher Anteil an Transferleistungsbezieher*innen unter 15 Jahren feststellbar. Welche Erklärung gibt es dafür? Zum neuen QM Glasower Straße möchte er wissen, welche Projekte dort ggf. schon auf den Weg gebracht wurden. Zum Anteil an Transferleistungsbezieher*innen erklärt Frau Krüger, dass diese in den Neuköllner Großsiedlungen weit höher liegen (Weiße Siedlung bzw. High-Deck-Siedlung bei fast 80 %). Der Anteil der unter 15jährigen leitet sich auch aus den Lernmittelbefreiungen der Schulen ab. Dies ist insbesondere in Nordneukölln leider nicht selten. Die daraus ableitbare Gefahr von Kin-

derarmut ist ein Kernindikator bei der Auswahl von QM-Gebieten. Zum neuen QM Glasower Straße berichtet sich kurz, dass das dortige Team derzeit den Aktionsplan erarbeitet, mit dem die Bedarfe dargestellt werden sollen.

Frau Fuhrmann bittet um mehr Informationen zu den Größen der Räumlichkeiten in den QM-Gebieten als wichtige Treffpunktmöglichkeit sowie um Auskunft, wie größere Baumaßnahmen abgestimmt werden. Die QM-Büros sind Anlaufstellen im weitesten Sinne. Wie auch bei der Stadtteilkoordination sind die Räumlichkeiten dabei hinsichtlich ihrer Größe und Verwendungsmöglichkeiten unterschiedlich nutzbar, wie Frau Krüger erläutert. Zu den Baumaßnahmen und dem erfragten Verfahren erklärt sie, dass es sich um ein mehrstufiges Verfahren handelt. Zunächst sind die Quartiersräte mit den QM-Teams gefragt, die gemäß einer eigenen Prioritätenliste aufgefordert sind, zwei Maßnahmen je Gebiet mit dem größten Handlungsbedarf zu benennen. Diese werden dann mit dem Bezirksamt diskutiert und durch dieses eine bezirkliche Prioritätenliste erstellt. Die Liste wird dann bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen durch den Bezirk eingereicht. Die Senatsverwaltung wiederum erstellt aus allen Einreichungen zu den Berliner QM-Gebieten eine berlinweite Prioritätenliste und prüft, welche Maßnahmen um Baufondsmittel umgesetzt werden können. Die Entscheidungen der Senatsverwaltung werden über die Bezirke dann in die QM-Gebiete zurückgespiegelt. Herr Wittke fragt i.d.Z. nach dem Zweck der Baumaßnahmen (Umbau, Neubau, Sanierung). Frau Krüger erklärt hierzu, dass eine ganze Vielzahl von Maßnahmen darüber abgedeckt werden können. Voraussetzung ist, dass es nicht einer einzelnen Einrichtung zugutekommt, sondern einen Mehrwert für das gesamte Quartier schafft, so z.B. oftmals die beantragte Erneuerung von öffentlichen Spielplätzen.

Frau Jahke bedankt sich für den Bericht und fragt zu den durch Corona erschwerten Kommunikationsmöglichkeiten mit den Bürger*innen nach. Die Schwierigkeiten bestehen nach Aussage von Frau Krüger darin, dass zum einen nicht alle über die gleichen technischen Möglichkeiten verfügen oder zum anderen für technische Formate nicht alle gleich zugänglich sind.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich die Vorsitzende im Namens Ausschusses für den Bericht und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Bebauungsplan 8-108B „Neuköllnische Allee 2/4, Grenzallee 22/44“ - Aufstellung Bebauungsplanentwurf

Die Vorsitzende bittet das Bezirksamt um Informationen zum Aufstellungsbeschluss, bei dem es um die Verhinderung von großflächigem Einzelhandel geht. Herr Groth erhält das Wort und erläutert dem Ausschuss den Anlass der Aufstellung des Bebauungsplanes 8-108B (Textbebauungsplan).

Konkret geht es um den Antrag auf Erteilung eines Bauvorbescheids durch den Eigentümer des Grundstückes Grenzallee 34. Geplant ist, innerhalb des bestehenden Möbelcenters eine gastronomische Einrichtung zu betreiben, die zum einen als Restaurant für Gäste und Mitarbeitende des Möbelhauses dienen soll und zum anderen außerhalb der Ladenöffnungszeiten als Veranstaltungsraum für Festgesellschaften genutzt werden kann. Eine solche Nutzung ist - ebenso wie Einzelhandelsbetriebe sowie Vergnügungsstätten - geeignet, durch höhere Renditeerwartungen zu einer Verdrängung der Industrienutzungen beizutragen. Zur Vermeidung von Grundstücksspekulationen sollen entsprechende Nutzungen daher eingeschränkt bzw. ausgeschlossen werden, infolgedessen der Bebauungsplan für diesen Teilbereich eingeleitet wurde.

Herr Morsbach begrüßt die Intention des Bebauungsplans für dieses Gebiet. Am Mittelbuschweg gibt es einen sozialen Träger, welcher mit einer fußläufigen Erreichbarkeit seiner Räumlichkeiten wirbt. Im Aufstellungsbeschluss steht indes, dass die S-Bahnhöfe nicht fußläufig erreichbar wären. Der Kern des Industriegebiets liegt zwar nicht in der Nähe der S-Bahnhöfe und eine Einschätzung dieses Aspektes ist sicherlich auch individuell verschieden, gleichwohl nimmt Herr Groth den Hinweis für die weitere Ausarbeitung der Begründung und ggf. andere Formulierung gerne mit.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Ausschuss nimmt den Aufstellungsbeschluss zur Kenntnis.

zu 6 Mehr Flächengerechtigkeit: „Kiezblocks“ für Neukölln planen und umsetzen Drucksache: 1912/XX

Die Vorsitzende leitet den Tagesordnungspunkt kurz ein und übergibt das Wort an Herrn Szczepanski. Mit dem Antrag wird – wie er erklärt - ein Konzept aufgegriffen, welches ursprünglich aus Barcelona stammt und in Berlin bisher wenig diskutiert wurde. Mit dem Konzept werden demnach die Wohnquartiere, der öffentliche Raum für die dort Wohnenden als lebenswertes Umfeld umgestaltet (u.a. sichere Wegverbindungen, sichere Kreuzungsbereiche, Grünbereiche). Die Einfahrt mit dem Pkw soll nur noch den im Kiez Wohnenden vorbehalten sein und der Durchgangsverkehr gänzlich unterbunden werden. Vorreiter in Berlin ist der Bezirk Pankow, der bereits an einigen Stellen Umgestaltungen vorgenommen hat. Für weitere Informationen zu Aktivitäten in Berlin verweist er auf die Webseite <https://changing-cities.org>. Für den Antrag wurden sich zwei Kieze ausgesucht, bei denen die Voraussetzungen erfüllt wären (Schillerkiez, Bendastraße bzw. Glasower Straße) und Initiativen vor Ort bereits aktiv sind. Letztgenanntes Gebiet soll nun jedoch nicht mit einbezogen werden, nachdem die ebenfalls sehr aktive Anwohnerschaft aus dem Richardkiez kürzlich ein Kiezblockkonzept vorgelegt haben, welches als sehr gut eingeschätzt wird und weiterverfolgt werden sollte. Er bringt daher nach eigener Aussage einen Änderungsantrag ein. Der letzte Satz im ersten Absatz wird gestrichen. Statt des im Antrag unter 2. genannten Kranoldkiezies soll nun der Rixdorfer Kiez (mit den Begrenzungen Karl-Marx-Straße/Sonnenallee, Saalestraße, Erkstraße) untersucht werden. Er wirbt abschließend um Zustimmung für den Antrag, um neue Wege in der Quartiersentwicklung gehen zu können.

Die Vorsitzende bittet um Redebeiträge. Herr Wittke kann die Intention des Antrags zur Erhöhung der Wohnqualität nachvollziehen. Er gibt aber zu bedenken, dass bei einer flächendeckenden Umsetzung zwar die Anwohnerschaft für ihren eigenen Kiez dies jeweils sicher begrüßen würde, zugleich beim Verbot des Durchgangsverkehrs in anderen Kiezen diesen Einschränkungen in Zeiten von gesellschaftlichem Egoismus wohl eher ablehnend gegenüberstehen könnte. Die Überschrift des Antrags findet er zudem etwas unpassend. Zugleich wurde eine Umsetzung des Antrags faktisch den Verlust von Parkplätzen bedeuten, was auch im Hinblick auf die E-Mobilität (Stichwort Ladesäulen) zu bedenken wäre. Der Antrag sollte daher in sich schlüssiger formuliert werden.

Herr Morsbach ist, bevor er sich inhaltlich äußert, zunächst daran interessiert, welchen Beitrag das Stadtentwicklungsamt hier leisten könnte. Dies hat sich Herr Groth ebenfalls gefragt, da öffentliches Straßenland und die damit i.Z. stehenden Fragen und Themen in die Zuständigkeiten des Straßen- und Grünflächenamtes (SGA) fallen. Das Stadtentwicklungsamt hat hier keine großen Einflussmöglichkeiten. Flankierende Maßnahmen sind unterstützend sicherlich über die Förderkulissen möglich, man selbst ist jedoch nicht der Hauptakteur.

Für Herrn Lüdecke müsste man nicht nach Barcelona schauen, da es vernünftige Lösungen mit den sog. Hohenschönhausener Kleeblatt bereits gab, an denen die Vor- und Nachteile einer solchen Umsetzung erkennbar werden. Nach der Wende ist dies leider gezielt verändert worden. Er regt daher an, von dort ebenfalls Informationen einzuholen.

Herr Szczepanski ist sich einer Umsetzung eher im SGA durchaus bewusst, aber das Konzept wird auch als ein stadtplanerisches verstanden, weil es sich zusammenfassend um eine Wiederinbesitznahme öffentlichen Raums durch die Anwohnerschaft handelt. Er spricht dazu die Ergebnisse einer Studie zu den Abstellzeiten von Fahrzeugen im Schillerkiez an, wonach diese die meiste Zeit nur stehen und die Flächen damit unverhältnismäßig in Anspruch nehmen. Daher rührt auch die Überschrift der Flächengerechtigkeit in Antrag, welche erreicht werden soll. Es wurden insoweit auch Gebiete ausgesucht, welche als QM-Gebiete ausgewiesen sind, da das Quartiersmanagement eine wesentliche Vermittlungsfunktion innehat.

Herr BzStR Biedermann hat sich über die Frage von Herrn Morsbach gefreut, was die Stadtplanung hier beitragen könne. Für ihn ist, ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Groth, eine Zusammenarbeit mit dem SGA denkbar (wie z.B. für das Verkehrskonzept zur Umgestaltung des Richardplatzes), bei dem das Stadtentwicklungsamt sein Know-How und Ressourcen bei einer stadtplanerischen Sichtweise wie auch hinsichtlich der Beteiligung beisteuern könne. In Kombination sind für ihn hier dann gute Ergebnisse möglich.

Für Herrn Morsbach hat der Antrag sicher eine stadtplanerische Komponente, gleichwohl ist der wichtige Hinweis auf die Fördermittel in QM-Gebieten für ihn nicht zielführend, da die BVV vom Grundsatz her keinen Einfluss auf die Entscheidung zur Mittelverwendung nehmen kann und soll. Grundsätzlich möchte auch die SPD die Wohngebiete von Autoverkehr entlasten, konkret zu diesem Antrag sind jedoch dieser Teil und die Reihenfolge

der angeführten Festlegungen problematisch. Man habe daher in den letzten Tagen intensiv mit den Grünen diskutiert, ist aber zu keiner gemeinsamen Lösung gelangt. Einer der strittigen Punkte bleibt der motorisierte Individualverkehr, wie er ausführt. Zusammenfassend kann dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zugestimmt werden. Er kündigt für den federführenden VTO-Ausschuss einen alternativen Textvorschlag an, heute wird sich die SPD-Fraktion daher enthalten.

Herr Schulze kritisiert den Antrag, weil er Autofahrer*innen und Anwohner*innen rhetorisch auseinanderdividiert. Es müsse hier vielmehr ein Dialog gestaltet werden. Er begründet, weshalb die CDU den Antrag, auch in der veränderten Fassung, ablehnt. Frau Fuhrmann findet es richtig, dass der Antrag auch hier im Ausschuss diskutiert wird. Zur Schaffung von verkehrsberuhigten Wohnquartieren wird der Antrag von ihr begrüßt und aus ihrer Sicht viel Unterstützung aus der Anwohnerschaft erfahren. Die anwesenden Anwohner*inneninitiativen loben und unterstützen den Antrag durch mehrere Redebeiträge. Für Herrn Wittke ist durch die Diskussion klargeworden, dass es um zwei voneinander zu trennende Themen geht - einerseits um den ruhenden, andererseits um den fließenden Verkehr. Er regt daher eine Überarbeitung des Antrags an. Für Herrn Kotschieder geht es hier nicht um das Ausspielen verschiedener Interessengruppen, gleichwohl kann er dem gewählten Ansatz nicht folgen. So ist bisher nicht klar, wem die abgestellten Fahrzeuge tatsächlich gehören. Für ihn wäre u.a. die Einführung der Parkraumbewirtschaftung insoweit ein folgerichtiger Schritt. Er plädiert zusammenfassend zunächst für einen Diskurs mit den autofahrenden Anwohner*innen. Auch die Herbeiführung von validen Zahlen anhand von z.B. Zulassungen oder Befragungen hält er dabei für wichtig.

Die Vorsitzende übergibt das Wort an Herrn Schreiber aus dem Richardkiez, der als betroffener, langjähriger Anwohner den Fokus mehr auf den fließenden statt den ruhenden Verkehr gerichtet wissen möchte. Insbesondere zu den Stoßzeiten hat der Verkehr in den letzten beiden Jahren stark zugenommen und die Einhaltung der Verkehrsregeln abgenommen. Er, selbst Auto- wie auch Fahrradfahrer, beschreibt dazu seine Perspektive auf die tägliche Situation.

Die Vorsitzende fragt, wie weiter verfahren werden soll. Zunächst bittet Herr Schenk noch um das Wort und geht auf den Redebeitrag von Herrn Szczepanski ein. Es geht, das ist für ihn klargeworden, eindeutig gegen den Autoverkehr. Die Aussagen der Grünen sind für ihn daher sehr zweideutig, einerseits mehr für Klima- und Umweltschutz zu tun und andererseits gibt es keine Skrupel für Wohnungsbau auf den Friedhöfen Bäume fällen zu lassen. Die Aussagen von Herrn Kotschieder bezeichnet er als sehr guten Beitrag für die Diskussion. Herr Szczepanski schlägt vor, den Antrag in der vorliegenden Form mit der durch ihn vorgetragenen Änderung abzustimmen und mit der entsprechenden Empfehlung an den federführenden VTO-Ausschuss weiterzuleiten. Alle Beteiligten haben insoweit nochmals die Möglichkeit, sich die Drucksache anzuschauen. Er begrüßt die heute hier erfolgte breite Diskussion, welche in die Erörterung im VTO-Ausschuss mit einfließen kann.

Frau Fuhrmann weist auf den Termin zur Vorstellung des Konzepts in Rixdorf am 20.03.2021 um 11.00 Uhr hin. Die Einladung zu der Videokonferenz läuft über die Mailadresse info@kiezblock-rixdorf.de wie sie noch ergänzt und bittet die Fraktionen nun um ihr Votum.

Für den Antrag in der geänderten Fassung stimmen die Fraktionen der Grünen und der Linken. Die CDU lehnt den Antrag ab, die Fraktionen der SPD und AfD-Neukölln enthalten sich. Nach Überprüfung der Fraktionsvoten (3 x Grüne und 1 x Linke mit ja, 3 x CDU mit nein, Rest Enthaltung) ist der Antrag hier im Ausschuss knapp angenommen. Im Ergebnis empfiehlt der hier mitberatende Ausschuss dem federführenden VTO-Ausschuss damit mehrheitlich die Annahme des Antrags.

zu 7 Neukölln fußgänger*innenfreundlich gestalten Drucksache: 2167/XX

Herr Szczepanski erhält das Wort und begründet die Intention des Antrags.

Herr Schenk und Frau Fuhrmann begrüßen jeweils für ihre Fraktionen den Antrag. Herr Scharmberg bittet um eine kurze Einschätzung durch die Verwaltung. Herr Groth erläutert dazu, dass die Ziele des Antrags – da wo es möglich bzw. insbesondere da wo es erforderlich ist – ohnehin verfolgt werden. Für alle Bebauungsplanverfahren lässt sich dies allerdings nicht umsetzen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt die Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Für den Antrag stimmen die Fraktionen der SPD, CDU, Grünen und Linken, die AfD-Neukölln enthält sich. Im Ergebnis wird der BVV damit mehrheitlich die Annahme des Antrags empfohlen.

zu 8 Mieter*innen im Mahlower Block schützen und beraten
Drucksache: 0860/XX

Frau Fuhrmann als Antragstellerin hat heute über das BVV-Büro noch begründende Ergänzungen zur Drucksache an die Ausschussmitglieder übersenden lassen. Sie begründet ihren aus dem Jahr 2018 stammenden und mehrfach vertagten Antrag und wirbt zur Unterstützung der Mieterschaft um Zustimmung.

Herr Laumann teilt zwar die Absichten, ob dies aber der richtige Weg sei, ist für ihn fraglich. In unmittelbarer Nähe gibt es eine sehr aktive Mieter*innenberatung, welche schon tätig geworden ist. Dazu sind aus dem Antrag resultierende Aufgaben auch anders zu adressieren (Stichwort Mietendeckel) bzw. schon allein aus Sicherheitsgründen nicht umsetzbar (öffentlicher Zugang zu den Verbrauchszählern). Sein Fazit ist daher, dass man den dortigen Mieter*innen eher einen Wegweiser an die Hand gibt, bei welchem Problem sie welchen Weg beschreiten müssten. Die dort vorliegende Situation gibt es in Nordneukölln leider zuhauf, eine Sonderaktion nur für diese Mieter*innen ist somit schwer zu vermitteln. Herr BzStR Biedermann erhält das Wort. Der Antrag wurde bereits mehrfach diskutiert und er hat das Öfteren dargestellt, welche Aufgaben der Bezirk der Mieter*innenberatung übertragen hat. Es gibt zwar bei entsprechendem Anlass die Möglichkeit, über ein Zusatzmodul zusätzliche Beratungsleistungen abzurufen. Herr Laumann hat allerdings zu Recht darauf hingewiesen, dass viele der Probleme leider auch in anderen Häusern auftreten. Er tut sich daher schwer, einen ganz gezielten Beratungsbedarf ausschließlich nur für diesen Block festzumachen, zumal die Mittel für solche Zusatzleistungen begrenzt sind. Herr BzStR Biedermann würde diese Mittel daher dort einsetzen, wo es keine so gut vernetzte und informierte Bewohnerschaft gibt. Wenn die Bezirksverordneten dies anders einschätzen, wird das Bezirksamt natürlich prüfen, wie dort zusätzlich unterstützt werden kann.

Frau Fuhrmann erklärt zum Redebeitrag von Herrn Laumann noch, was sie mit der Zugänglichkeit zu den Verbrauchszählern wegen der Nebenkostenabrechnungen meinte und beantwortet in diesem Zusammenhang eine Nachfrage von Herrn Lüdecke. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bitte sie in ihrer Funktion als Vorsitzende um das Votum der Fraktionen. Für den Antrag stimmt die Fraktion der Linken, gegen den Antrag sprechen sich die Fraktionen der SPD, CDU, Grünen aus, die AfD-Neukölln enthält sich. Im Ergebnis wird der BVV damit mehrheitlich die Ablehnung des Antrags empfohlen.

zu 9 Neu- und Erweiterungsbauten

Herr Wittke erkundigt sich nach dem Grundstück in der Johannisthaler Straße 233 und möchte wissen, was dort konkret gebaut wird. Der Bau scheint bald fertig gestellt zu sein und es gibt unterschiedliche Informationen zur Nutzung. Herr Groth vermutet, dass das Bauvorhaben in der Johannisthaler Chaussee gemeint ist. Bei dem Vorhaben hat es nach seiner Kenntnis, eine Genehmigung für eine Kindertagesstätte gegeben. Er prüft dies aber noch einmal nach und wird dann im nächsten Ausschuss berichten.

zu 10 Mitteilungen der Verwaltung

B-Plan 8-19b-1

Die öffentliche Auslegung des Bebauungsplans zum ehemaligen Güterbahnhof hat begonnen und dieser noch bis 12.04.2021 einsehbar. Herr Groth hofft, diesen dann noch bis zum Ende der Wahlperiode zur Festsetzung bringen zu können.

Webseite des Ausschusses

Über das BVV-Büro haben die Ausschussmitglieder heute Informationen über die neue Zugänglichkeit der Ausschusswebseite mit den hinterlegten Unterlagen für die Sitzungen erhalten, wie Herr Groth berichtet. Die Webseite mit den Ausschussunterlagen ist demnach ab der heutigen Sitzung über den Internetauftritt des Stadtentwicklungsamtes öffentlich zugänglich. Die Einsicht in frühere Sitzungsunterlagen bleibt wegen möglicher Unterlagen, die urheberrechtlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, ausschließlich den Ausschussmitgliedern bestimmt.

Saalestraße 72

Herr Groth informiert kurz über den Stand der Verhandlungen mit den Eigentümer*innen. Durch die Gespräche wurde eine Einigung erzielt, so dass bei Rücknahme des aktuellen Bauantrags sowie der anhängigen Klage für einen neu gestellten, die getroffenen Absprachen beinhaltenden Bauantrag die Zustimmung in Aussicht gestellt werden konnte. Das Ergebnis der Verhandlungen stellt einen Kompromiss zwischen sozialer und gewerblicher Nutzung dar.

Frau Emde möchte wissen, was genau dort geplant wird. Herr BzStR Biedermann teilt mit, dass im Erdgeschoss eine Tagespflege ihren Betrieb aufnehmen soll. Im 1. und 5. OG sollen Pflegewohnungen bzw. betreutes Wohnen angeboten werden. Die 2. bis 4. Etage sollen für Kurzzeitvermietungen (unterschiedliche Laufzeiten von wenigen Tagen bis mehrere Monate möglich) genutzt werden (Nachfrage Frau Emde / Frau Fuhrmann / Herr Lüdecke). Insgesamt wurde hier ein guter Kompromiss gefunden.

Integriertes Friedhofsentwicklungskonzept (IFEK)

Die Ergebnisse der faunistischen Untersuchungen für die Friedhöfe westlich der Hermannstraße liegen im Rahmen des dortigen Bebauungsplanverfahrens vor. Mit den festgestellten, artenschutzrechtlichen Befunden wird sich das Bezirksamt nun intensiv befassen. Welche Auswirkungen diese Befunde auf das Bebauungsplanverfahren haben könnten, kann Herr BzStR Biedermann noch nicht konkret abschätzen. Im Moment geht er davon aus, dass es auf eine Reduzierung der Bauflächen hinauslaufen dürfte. Priorität für das Bezirksamt hat dabei klar die Schule. Ob und inwieweit noch Wohnungsbau möglich ist, wird zu untersuchen sein. Dazu erfolgt eine Aktualisierung des IFEK, welches der BVV dann auch zur Beschlussfassung vorgelegt werden wird.

Brandsicherheitsschauen

Der Rechnungshof hat sich mit den Brandsicherheitsschauen in den Bezirken im Zeitraum 2008 bis 2018 befasst und dabei in seinem Bericht gravierende Mängel festhalten müssen. Das Thema der nicht regelmäßigen Brandsicherheitsschauen beschäftigt den Bezirk schon länger, da die Bau- und Wohnungsaufsicht (BWA) personell lange nicht in der Lage war, diesem gesetzlichen Auftrag entsprechend nachzukommen. Zum Bericht des Rechnungshofs hat das Bezirksamt Stellung genommen und bereits vor dem Bericht die Konsequenzen gezogen - zum einen durch zusätzliches Personal für die BWA, zum anderen durch veränderte organisatorische Strukturen.

organisatorische Änderung

In der BWA wird es durch das eben erwähnte zusätzliche Personal für die Hochbaubezirke eine Aufteilung der Aufgabenbereiche in eine Arbeitsgruppe Nord und eine Arbeitsgruppe Süd ermöglicht. Beide Arbeitsgruppen verfügen über jeweils fünf Mitarbeiter*innen. Von einer solchen Personalausstattung in diesem Bereich konnte man lange nur träumen, wie Herr BzStR Biedermann zusammenfasst und bietet eine gute Grundlage, die anfallenden Aufgaben substantiell bearbeiten zu können.

- zu **Verschiedenes**
11 - **Sachstand Novelle BauGB, § 250**
- **Sachstand KMStr. 179**

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit bittet die Vorsitzende nur um Auskunft zum aktuellen Sachstand in der Karl-Marx-Straße 179. Herr Groth erhält das Wort und berichtet, das am Tag der letzten Ausschusssitzung eine Vor-Ort-Besichtigung stattgefunden hatte und an diesem Tag aufgrund der sichtbaren Schäden zunächst keine Sperrung ausgesprochen werden musste. Nachdem der vom Eigentümer beauftragte Statiker unverzüglich eine Begutachtung vorgenommen und seinen Bericht übermittelt hatte, mussten die Wohnungen aufgrund der Ergebnisse des Gutachtens bzgl. der maroden Deckenbalken zwischen dem 3. und 4. OG schließlich doch bauaufsichtlich gesperrt werden (Unbewohnbarkeit). Die Wohnungen wurden zwischenzeitlich auch schon beräumt. Aktuell werden die Deckenbalken untersucht und sollen ausgetauscht werden, um schnellstmöglich die Bewohnbarkeit wiederherzustellen.

Frau Fuhrmann nimmt Bezug auf ein ihr vorliegendes Schreiben und fragt, ob die angegebenen Sanierungsarbeiten mit einer Dauer von etwa einem halben Jahr bekannt sind. Wie lange die Arbeiten dauern werden, ist Herr Groth nicht bekannt, aktuelle Angaben dazu liegen ihm nicht vor.

zu **Nächste Sitzung am 20. April 2021**
12 **- Themen z. B. Erweiterung Sonnen-Grundschule, Wettbewerb Mette-Feld**

Die Vorsitzende schlägt für die nächste Sitzung als Thema die Erweiterung der Sonnengrundschule und die Weiße Siedlung vor. Herr Groth bittet für die nächste Sitzung neben der Weißen Siedlung auch die Vorstellung der Planungen für das Kindl-Gelände auf der Tagesordnung zu berücksichtigen, weil es für die ehemalige Vollguthalle einen Sachstand gibt, der weiterverfolgt und somit im Ausschuss vorgestellt werden sollte.

Berlin-Neukölln, 1. Juni 2021



Marlis Fuhrmann
Vorsitzende des Ausschusses

Alexander Rößler
Protokollführung